

DAS DOKUMENT

Die Gewerkschaften müssen die Demokratie schützen

Am 8. Juli 1960 fand in Hildesheim eine Demonstration der Gewerkschaften gegen den Parteitag der Deutschen Reichspartei statt. Bei dieser Kundgebung hielt der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Niedersachsen, Hermann Grote, eine Rede, die im In- und Ausland starke Beachtung gefunden hat. Um ihrer grundsätzlichen Bedeutung willen veröffentlichen wir die wichtigsten Teile dieser Rede. Die Redaktion

Die Deutsche Reichspartei (DRP) will in diesen Tagen in dieser altherwürdigen Stadt Hildesheim ihren Parteitag abhalten. Der DGB und seine Mitglieder in Hildesheim und ganz Niedersachsen fühlen die Verpflichtung, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß diesen neofaschistischen Totengräbern der Boden für die öffentliche Wirksamkeit entzogen werden muß. Das ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Aber es ist insbesondere eine Sache, der sich die Gewerkschaften nicht entziehen können.

Die Gewerkschaften sind nicht nur ein Apparat für Lohn- und Gehaltsbewegungen. Sie haben eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Sie können dem Zeitgeschehen nicht passiv gegenüberstehen. Sie dürfen die Vergangenheit nicht vergessen. Ja, sie haben die Pflicht, die Demokratie zu schützen und zu verhindern, daß noch einmal ein so furchtbares Unglück wie im Jahre 1933 über unser Volk hereinbricht.

Die DRP versucht, in demokratischer Tarnung die nationalsozialistischen Pseudo-Ideen erneut zu verbreiten. Sie diskreditiert bei jeder Gelegenheit die Demokratie und beschimpft ihre Vertreter. Sie macht die rechtsstaatlichen Prinzipien verächtlich. Sie verbreitet weiter den Antisemitismus, preist die angeblichen Rassengesetze als Entdeckung der biologischen Forschung und verniedlicht die furchtbaren Judenmorde, die das Ansehen

Deutschlands und der deutschen Kultur in der ganzen Welt geschändet haben. Die DRP verbreitet neue Geschichtslügen über die Fragen der Kriegsschuld und die Verantwortlichen für den zweiten Weltkrieg und seine Zerstörungen.

Demgegenüber haben wir die Pflicht, jedem Neuaufflammen von Antisemitismus und Rassenhetze entgegenzutreten. Wir haben die Aufgabe, Verbrechen Verbrechen zu nennen, Schande als Schande zu bezeichnen und die junge Generation über die Abgründe und Schrecken zu unterrichten, die die Vergangenheit vergiftet haben. Wenn wir nicht den Mut haben, mit unserer Vergangenheit schonungslos ins Gericht zu gehen; wenn wir nicht den Mut haben, durch eindeutige Darstellung der Tatsachen unsere Jugend davor zu bewahren, daß sich so etwas wiederholt; wenn wir so feige und verantwortungslos sind, eine Renazifizierung zu dulden, dann ist es fraglich, ob die Demokratie eine wirkliche Aussicht für die Zukunft hat.

Es genügt nicht, daß man sich in feierlichen Reden zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit bekennt und in der Praxis versäumt, den Vernichtern der Freiheit hier bei uns das Handwerk zu legen.

Die Freiheit findet ihre Grenze, wo sie die Freiheit der anderen gefährdet. Die Demokratie ist für die Demokraten da, nicht für die Antidemokraten, die die Demokratie beiseitigen wollen.

Wir sind erschüttert darüber, wieweit sich die antidemokratischen Kräfte in unserer Demokratie bereits wieder vorwagen. Es ist nicht so entscheidend, wie das Stimmenergebnis bei politischen Wahlen aussieht, sondern es kommt maßgeblich darauf an, wie viele demokratisch zuverlässige Kräfte in der Bundesrepublik wirksam werden.

Die geschichtliche Entwicklung und die Äußerungen der DRP beweisen nach unserer Meinung eindeutig und klar, daß diese Partei das Sammelbecken unverbesserlicher rechtsextremer Kräfte ist. Es mag sein, daß sich die DRP auf rechtliche Vorschriften berufen kann, die ihre Legalität unter Beweis stellen. Für uns aber ist entscheidend, was sie zum Ausdruck bringt, und das ist alles andere als demokratisch!

Es ist unsere Meinung, daß wir die Pflicht haben, der Weltöffentlichkeit zu zeigen, daß wir nicht willens sind, unbelehrbare Nationalisten von dieser Stadt aus ihre volksverhetzenden Parolen ausgeben zu lassen. Wir haben die Konzentrationslager nicht vergessen. Wir haben auch nicht die mutigen Frauen und Männer vergessen, die von den braunen Machthabern aufs Schafott geführt worden sind. Wir haben die Verpflichtung, daß die furchtbare Epoche Deutschlands nicht in Vergessenheit gerät. Und wir erklären: gleich, wo Nationalisten und politisch Unbelehrbare auftreten; gleichgültig ob sie auf der äußersten Rechten oder ob sie auf der äußersten Linken stehen: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird immer da sein, wenn es gilt, Deutschland und der Welt zu zeigen, daß deutsche Demokraten mit wachsamen Augen das politische Geschehen verfolgen.

Es geht letzten Endes darum, ob wir die Sicherung der Demokratie durchsetzen wollen durch eine kraftvolle Bekämpfung rechts- und linksradikaler Bestrebungen. Es kommt darauf

an, alle wirklich demokratischen und freiheitlichen Elemente auf uns aufmerksam zu machen, sie an uns heranzuziehen, um mit ihnen gemeinsam die Demokratie zu sichern. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie sich bei uns im politischen Raum die restaurativen Kräfte durchsetzen.

Unsere alten Gewerkschaftskolleginnen und Kollegen, die Vorkämpfer der deutschen Gewerkschaftsbewegung, sind für uns genau so Ansporn und Vorbild, wie die Opfer in den Konzentrationslagern, in den Gefängnissen und den Zuchthäusern. Wir haben die Verpflichtung, ihnen nachzueifern und dafür zu sorgen, daß diese Demokratie vom sozialen Geist erfüllt wird, von einem Geist, der die Voraussetzung dafür ist, daß die deutsche Demokratie lebensfähig bleibt.

Nur danach wird uns die Geschichte beurteilen, was wir für die Demokratie wirklich getan haben: nach unserer Einsatzbereitschaft, nach unserer Opfermut und nach unserem tatkräftigen Eintreten für das freiheitliche demokratische und soziale Deutschland.